

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1969

Ausgegeben am 4. Juni 1969

43. Stück

- 164.** Verordnung: Ausstattung und Art des Tragens des Bundesheerdienstzeichens
- 165.** Verordnung: Ausstattung und Art des Tragens der Wehrdiensterrinerungsmedaille
- 166.** Kundmachung: Abänderung des Art. 27 der Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte
- 167.** Abkommen zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Aufhebung der Sichtvermerkplicht für Inhaber von Dienstpässen
- 168.** Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen als Oberste Zivilluftfahrtbehörde der Republik Österreich und der Generaldirektion der Zivilluftfahrt im Verkehrs- und Postministerium als Oberste Luftfahrtbehörde der Ungarischen Volksrepublik über die Abänderung des Anhangs 1 und 2 des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über den Luftverkehr

164. Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 9. Mai 1969 über die Ausstattung und die Art des Tragens des Bundesheerdienstzeichens

Auf Grund des § 7 des Bundesgesetzes vom 10. Juli 1963, BGBl. Nr. 202, über das Bundesheerdienstzeichen, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 97/1969, wird verordnet:

§ 1. Das Bundesheerdienstzeichen ist nach der in der Anlage enthaltenen Beschreibung zu gestalten.

§ 2. Das Bundesheerdienstzeichen ist am dreieckig gefalteten Band an der linken Brustseite zu tragen. Sind Dienstleistungen der im § 4 bzw. im § 5 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 202/1963 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 97/1969 beschriebenen Art durch eine Spange gesondert zu würdigen, so ist diese auf dem Band anzubringen. Das Tragen von Bandspangen (Feldspangen) zur Uniform und das Tragen der Dekoration in bildgetreuem verkleinertem Maßstab (Miniatur) sowie das Tragen des Bandes in Form von Rosetten oder schmalen Leisten zur bürgerlichen Kleidung ist gestattet.

§ 3. Das Bundesministerium für Landesverteidigung hat ein Verzeichnis über die Verleihung von Bundesheerdienstzeichen zu führen.

§ 4. Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verordnung des Bundesministeriums für Landesverteidigung vom 14. Feber 1964, BGBl.

Nr. 30, über die Ausstattung und die Art des Tragens des Bundesheerdienstzeichens außer Kraft.

Prader

Anlage

Beschreibung des Bundesheerdienstzeichens

1. Bundesheerdienstzeichen 1. Klasse:

a) **Kleinod:** Höhe 35 mm, Breite 35 mm, achtspitziges goldenes Kreuz mit schwarz emailliertem Mittelkreuz, überhöht von dem silbernen Adler des österreichischen Staatswappens. Auf der Rückseite trägt das Kreuz ein erhöhtes, kreisrundes Mittelfeld, das die Zahl 25 zeigt. Die Verbindung des Kreuzes mit dem dreieckig gefalteten Band wird durch eine 8 mm lange und 5 mm breite goldene Öse hergestellt.

b) **Band:** Blau, 45 mm breit, mit einem 25 mm breiten, weißen Mittelstreifen und beiderseits einem je 2 mm breiten, weißen Vorstoß versehen.

2. Bundesheerdienstzeichen 2. Klasse:

a) **Kleinod:** Höhe 35 mm, Breite 35 mm, achtspitziges silbernes Kreuz mit schwarz emailliertem Mittelkreuz, überhöht von dem silbernen Adler des österreichischen

Staatswappens. Auf der Rückseite trägt das Kreuz ein erhöhtes, kreisrundes Mittelfeld, das die Zahl 15 zeigt. Die Verbindung des Kreuzes mit dem dreieckig gefalteten Band wird durch eine 8 mm lange und 5 mm breite silberne Öse hergestellt.

- b) B a n d: Blau, 45 mm breit, mit einem 7 mm breiten, weißen Mittelstreifen und beiderseits einem je 2 mm breiten, weißen Vorstoß versehen.

3. Bundesheerdienstzeichen 3. Klasse:

- a) K l e i n o d: Höhe 35 mm, Breite 35 mm, achtspitziges bronzenes Kreuz, überhöht von dem bronzenen Adler des österreichischen Staatswappens. Auf der Rückseite trägt das Kreuz ein erhöhtes, kreisrundes Mittelfeld, das die Zahl 5 zeigt. Die Verbindung des Kreuzes mit dem dreieckig gefalteten Band wird durch eine 8 mm lange und 5 mm breite bronzene Öse hergestellt.
- b) B a n d: Blau, 45 mm breit, mit einem beiderseits je 2 mm breiten, weißen Vorstoß versehen.
- c) S p a n g e: 34 mm lang, 6 mm breit, Bronze.

165. Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 9. Mai 1969 über die Ausstattung und die Art des Tragens der Wehrdiensterrinnerungsmedaille

Auf Grund des § 5 des Bundesgesetzes vom 10. Juli 1963, BGBl. Nr. 203, über die Wehrdiensterrinnerungsmedaille wird verordnet:

§ 1. Die Wehrdiensterrinnerungsmedaille ist nach der in der Anlage enthaltenen Beschreibung zu gestalten.

§ 2. Die Wehrdiensterrinnerungsmedaille ist am dreieckig gefalteten Band an der linken Brustseite zu tragen. Das Tragen von Bandspangen (Feldspangen) zur Uniform und das Tragen der Dekoration in bildgetreuem verkleinertem Maßstab (Miniatur) sowie das Tragen des Bandes in Form von Rosetten oder schmalen Leisten zur bürgerlichen Kleidung ist gestattet.

§ 3. Das Bundesministerium für Landesverteidigung hat ein Verzeichnis über die Verleihung von Wehrdiensterrinnerungsmedaillen zu führen.

§ 4. Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verordnung des Bundesministeriums für Landesverteidigung vom 14. Feber 1964, BGBl. Nr. 31, über die Ausstattung und die Art des Tragens der Wehrdiensterrinnerungsmedaille außer Kraft.

Prader

Anlage

Beschreibung der Wehrdiensterrinnerungsmedaille

1. Wehrdiensterrinnerungsmedaille in Bronze

a) M e d a i l l e: Kreisrund, Bronze, Durchmesser 40 mm. Auf der Vorderseite zeigt die Medaille die Aufschrift „Stets bereit für die Republik Österreich“, darunter das Hoheitszeichen für Kampffahrzeuge und Militärluftfahrzeuge sowie zwei von Eichenlaub umgebene gekreuzte Schwerter. Die Rückseite der Medaille zeigt den Adler des österreichischen Staatswappens. Die Verbindung der Medaille mit dem dreieckig gefalteten Band wird durch eine bronzene Öse hergestellt.

b) B a n d: Blau, 45 mm breit, mit einem 6 mm breiten rot-weiß-roten Mittelstreifen versehen.

2. Wehrdiensterrinnerungsmedaille in Silber

a) M e d a i l l e: Kreisrund, versilbert, Durchmesser 40 mm. Auf der Vorderseite zeigt die Medaille die Aufschrift „Stets bereit für die Republik Österreich“, darunter das Hoheitszeichen für Kampffahrzeuge und Militärluftfahrzeuge sowie zwei von Eichenlaub umgebene gekreuzte Schwerter. Die Rückseite der Medaille zeigt den Adler des österreichischen Staatswappens. Die Verbindung der Medaille mit dem dreieckig gefalteten Band wird durch eine silberne Öse hergestellt.

b) B a n d: Blau, 45 mm breit, beiderseits mit einem 3 mm vom Rand entfernten, 6 mm breiten rot-weiß-roten Streifen versehen.

166. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 19. Mai 1969 betreffend die Abänderung des Art. 27 der Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat in der Plenarsitzung vom 27. September 1968 beschlossen, Artikel 27 seiner Verfahrensordnung (BGBl. Nr. 108/1963, in der Fassung der Kundmachungen BGBl. Nr. 123/1966, 105/1967 und 315/1967) wie folgt neuzufassen:

Artikel 27 Absatz 2

The Court may authorise any Party to use a language other than French or English. In that event, the Party concerned shall

La Cour peut autoriser toute Partie à employer une langue autre que le français et l'anglais. En pareil cas, la Partie intéressée

Der Gerichtshof kann jeder Partei gestatten, sich einer anderen als der französischen oder englischen Sprache zu bedienen.

attach to the original of each document submitted by it a translation into French or English; it shall be responsible for the interpretation into French or English of the oral arguments or statements made by its agents, advocates or advisers and shall, to the extent which the Court may determine in each case, bear the other extra expenses involved in the use of a non-official language.

joint à l'original de toute pièce qu'elle soumet une traduction en français ou en anglais ; elle assure l'interprétation en français ou en anglais des plaidoiries et déclarations de ses agents, conseils et avocats et, dans la mesure que la Cour peut déterminer dans chaque cas, supporte les autres frais supplémentaires entraînés par l'emploi d'une langue non officielle.

In diesem Fall hat die betreffende Partei der Urschrift jedes von ihr vorgelegten Schriftstückes eine Übersetzung in die französische oder englische Sprache beizufügen; sie hat für die Übersetzung der Plädoyers und Erklärungen ihrer Prozeßbevollmächtigten, Beistände und Anwälte in die französische oder englische Sprache zu sorgen und in dem vom Gerichtshof jeweils zu bestimmenden Umfang die sonstigen zusätzlichen Kosten der Verwendung einer anderen als der Amtssprache zu tragen.

Klaus

167.

ABKOMMEN ZWISCHEN DER BUNDESREGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REGIERUNG DER UNGARISCHEN VOLKSREPUBLIK ÜBER DIE AUF- HEBUNG DER SICHTVERMERKS- PFLICHT FÜR INHABER VON DIENST- PASSEN

Die Bundesregierung der Republik Österreich und die Regierung der Ungarischen Volksrepublik haben, in dem Bestreben, die beiderseitigen Beziehungen auch auf dem Gebiete des Reiseverkehrs weiter zu verbessern, beschlossen, ein Abkommen über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht für Inhaber von Dienstpässen zu schließen, und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

für die Bundesregierung der Republik Österreich:

Herrn Dr. Kurt Waldheim
Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten

für die Regierung der Ungarischen Volksrepublik:

Herrn Dr. Jenő Simó
außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter

Diese haben nach Austausch ihrer für gut und richtig befundenen Vollmachten vereinbart:

Artikel 1

Die Staatsbürger der Vertragsstaaten, die Inhaber eines gültigen Dienstpases sind, dürfen ohne Sichtvermerk in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einreisen oder durch dessen Hoheitsgebiet durchreisen.

EGYEZMÉNY AZ OSZTRÁK KÖZTÁRSASÁG SZÖVET- SÉGI KORMÁNYA ÉS A MAGYAR NÉP- KÖZTÁRSASÁG KORMÁNYA KÖZÖTT A SZOLGÁLATI UTLEVÉLLEL RENDEL- KEZŐKRE VONATKOZÓ VIZUMKÖTE- LEZETTSÉG MEGSZÜNTETÉSÉRŐL

Az Osztrák Köztársaság Szövetségi Kormánya és a Magyar Népköztársaság Kormánya attól az óhajtól vezettetve, hogy kölcsönös kapcsolataikat az utasforgalom terén is tovább javítsák, elhatározták, hogy Egyezményt kötnek a szolgálati utlevéllel rendelkezőkre vonatkozó vizum kötelezettség megszüntetéséről és ebből a célból meghatalmazottaikká kinevezték:

Az Osztrák Köztársaság Szövetségi Kormánya:

Dr. Kurt Waldheim urat, az Osztrák Köztársaság Szövetségi Kormánya külügyminiszterét,

a Magyar Népköztársaság Kormánya:

Dr. Simó Jenő urat, a Magyar Népköztársaság rendkívüli és meghatalmazott nagykövetét,

akik a jó és kellő alakban talált meghatalmazásaik kicserélése után a következőkben állapodtak meg:

1. cikk

A Szerződő Felek érvényes szolgálati utlevéllel rendelkező állampolgárai vizum nélkül utazhatnak a másik Szerződő Fél felségterületére vagy azon át.

Artikel 2

Die Begünstigung des Artikels 1 gilt nicht für die Inhaber ungarischer Dienstpässe, die zur Teilnahme an sportlichen oder künstlerischen Veranstaltungen in das Hoheitsgebiet der Republik Österreich einreisen oder durch dieses durchreisen. Die Dienstpässe dieser Personen werden von den ungarischen Behörden entsprechend gekennzeichnet.

Artikel 3

(1) Die in Artikel 1 erwähnten Personen sind berechtigt, sich ohne Sichtvermerk oder Aufenthaltsberechtigung drei Monate im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufzuhalten.

(2) Inhaber von gültigen Dienstpässen, die Mitglieder der diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung eines Vertragsstaates auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates oder Vertreter eines Vertragsstaates bei einer internationalen Organisation, die ihren Sitz auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates hat, sind oder einer solchen Organisation als Beamte angehören, sowie ihre im gemeinsamen Haushalt lebenden Ehegatten und minderjährigen Kinder, wenn diese gültige Dienstpässe besitzen, sind berechtigt, sich ohne Sichtvermerk oder Aufenthaltsberechtigung während der Dauer der Dienstverwendung im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufzuhalten.

Artikel 4

Österreichische Staatsbürger, die Inhaber eines gültigen gewöhnlichen Reisepasses sind und die zur Erfüllung wirtschaftlicher Aufgaben in das Hoheitsgebiet der Ungarischen Volksrepublik einreisen oder durch dieses durchreisen wollen, erhalten den hierfür erforderlichen Sichtvermerk gebührenfrei und mit einer Gültigkeitsdauer von sechs Monaten, wenn sie einer ungarischen Vertretungsbehörde eine Bestätigung ihrer zuständigen Interessenvertretung über die Notwendigkeit der Reise oder die offizielle Einladung einer ungarischen Stelle beibringen.

Artikel 5

Durch das Abkommen wird das Recht der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten, Personen, die sie als unerwünscht ansehen, die Einreise oder den Aufenthalt zu verweigern, nicht berührt.

Artikel 6

(1) Das Abkommen tritt 60 Tage nach seiner Unterzeichnung in Kraft.

2. cikk

Az 1. cikkben foglalt kedvezmény nem illeti meg azokat a szolgálati utlevéllel rendelkező magyar állampolgárokat, akik sport-, vagy művészeti rendezvényen való részvétel céljából utaznak az Osztrák Köztársaság felségterületére, vagy azon át. E személyek szolgálati utlevelét a magyar hatóságok megfelelő jelzéssel látják el.

3. cikk

(1) Az 1. cikkben említett személyek a vízummentes beutazást követően három hónapig jogosultak vízum, vagy tartózkodási engedély nélkül a másik Szerződő Fél felségterületén tartózkodni.

(2) Azok az érvényes szolgálati utlevéllel rendelkező személyek, akik az egyik Szerződő Félnek a másik Szerződő Fél felségterületén működő diplomáciai vagy konzuli képviseletének tagjai, továbbá az egyik Szerződő Fél képviselői a másik Szerződő Fél felségterületén székhellyel bíró nemzetközi szervezetnél, vagy ilyen szervezet tisztviselői, valamint ezeknek velük egy háztartásban élő házastársai és kiskorú gyermekei, amennyiben ez utóbbiaknak is érvényes szolgálati utlevele van, szolgálatuk időtartamára jogosultak vízum, vagy tartózkodási engedély nélkül a másik Szerződő Fél felségterületén tartózkodni.

4. cikk

Azok az érvényes polgári utlevéllel rendelkező osztrák állampolgárok, akik gazdasági feladatok ellátása céljából kívánnak a Magyar Népköztársaság felségterületére vagy azon át utazni, az ehhez szükséges vízumot illetékmentesen és hat havi időtartamra kapják meg, amennyiben valamely magyar külképviseletnek az illetékes érdekképviselői szervük által kiállított, utazásuk szükségességét tanúsító igazolást, vagy valamely magyar szerv hivatalos meghívását felmutatják.

5. cikk

Ez az Egyezmény nem korlátozza a Szerződő Felek illetékes hatóságainak azt a jogát, hogy az általuk nem kívánatosnak tartott személyek beutazását vagy tartózkodását megtagadják.

6. cikk

(1) Az Egyezmény az aláírását követő 60 nap elteltével lép hatályba.

(2) Das Abkommen ist auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es tritt drei Monate nach dem Zeitpunkt außer Kraft, zu dem einer der Vertragspartner dem anderen auf diplomatischem Wege seine Absicht mitgeteilt hat, das Abkommen zu kündigen.

(3) Das Abkommen ist in zwei Exemplaren, in deutscher und ungarischer Sprache abgefaßt. Beide Exemplare sind authentisch.

Wien, am 29. April 1969

Für die Bundesregierung der Republik Österreich:

Dr. Kurt Waldheim m. p.

Für die Regierung der Ungarischen Volksrepublik:

Dr. Jenő Simó m. p.

(2) Az Egyezmény határozatlan időre szól és három hónappal azután veszti el hatályát, amikor a Szerződő Felek egyike a másik Szerződő Féllel diplomáciai úton közölte azt a szándékát, hogy az Egyezményt felmondja.

(3) Az Egyezmény két példányban, német és magyar nyelven készült. Mindkét példány egyaránt hiteles.

Kelt Bécsben, 1969. április hó 29 napján.

Az Osztrák Köztársaság Szövetségi Kormánya nevében:

Dr. Kurt Waldheim m. p.

A Magyar Népköztársaság Kormánya nevében:

Dr. Jenő Simó

Klaus

168. Vereinbarung vom 19. Feber 1969 zwischen dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen als Oberste Zivilluftfahrtbehörde der Republik Österreich und der Generaldirektion der Zivilluftfahrt im Verkehrs- und Postministerium als Oberste Luftfahrtbehörde der Ungarischen Volksrepublik über die Abänderung des Anhanges 1 und 2 des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über den Luftverkehr vom 17. Juli 1959, BGBl. Nr. 76/1960, in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 98/1968

Die Generaldirektion der Zivilluftfahrt im Verkehrs- und Postministerium als Oberste Luftfahrtbehörde der Ungarischen Volksrepublik und das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen als Oberste Zivilluftfahrtbehörde der Republik Österreich vereinbaren gemäß Art. XVI Abs. 2 des Luftverkehrsabkommens vom 17. Juli 1959:

1. zu Anhang 1, Abschnitt C des Abkommens: Die von den vertragschließenden Teilen namhaft gemachten Luftbeförderungsunternehmen sind berechtigt, planmäßige Flugdienste auf folgenden Flugstrecken mit Verkehrsrechten der fünften Luftfreiheit zu betreiben:

Österreichische Fluglinien von internationalen Flughäfen in Österreich über internationale Flughäfen in Ungarn nach zwei Punkten darüber hinaus und umgekehrt. Diese beiden Punkte werden von den beiden Luftfahrtbehörden festgelegt werden, wenn dies österreichischerseits verlangt wird.

Ungarische Fluglinien von internationalen Flughäfen in Ungarn über internationale Flughäfen in Österreich nach Berlin-Schönefeld und nach Tunis und umgekehrt.

2. zu Anhang 2, Abschnitt B des Abkommens: Die Anträge auf Genehmigung nichtplanmäßiger Flüge sind von den namhaft gemachten Luftbeförderungsunternehmen mindestens 24 Stunden vor Beginn des Fluges bei der zuständigen Luftfahrtbehörde des anderen vertragschließenden Teiles einzureichen. Nichtplanmäßige Flüge sollen die planmäßigen Flugdienste nicht beeinträchtigen. Die Anträge müssen außerdem an den ersten fünf Wochentagen spätestens um 14.00 Uhr und am Samstag spätestens um 10.00 Uhr vormittags bei der zuständigen Luftfahrtbehörde einlangen. Sonntags können Anträge nicht eingebracht werden. Als zuständige Luftfahrtbehörde gilt in Ungarn die Flugsicherungsstelle (Air Traffic Control) Budapest.

3. Diese Vereinbarung tritt mit 1. April 1969 in Kraft und gilt bis 31. März 1970.

Die vorliegende Vereinbarung ist gemäß Art. XVI Abs. 2 des obgenannten Luftverkehrsabkommens durch Notenwechsel zwischen der Österreichischen Botschaft in Budapest und dem Ministerium des Äußeren der Ungarischen Volksrepublik vom 13. März 1969 bzw. 14. April 1969 bestätigt worden. Sie ersetzt gemäß Z. 1 des am 19. Feber 1969 in Wien von den Vertretern der obersten Zivilluftfahrtbehörden Österreichs und Ungarns unterzeichneten Beratungsprotokolls die Vereinbarung vom 8. November 1966, BGBl. Nr. 151/1967, in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 98/1968.

Klaus



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten S 168.— für Inlands- und S 216.— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 40 g für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1.50 für das Stück, bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt 16 (Postleitzahl 1010), Telephon 63 17 85 Serie, sowie in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien I, Wollzeile 27 a (Postleitzahl 1037), Telephon 52 43 42.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung in Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postsparkassenkonto Wien Nr. 178. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Rennweg 12 a, 1037 Wien, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen. Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verschleißpreises abgegeben.